

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

Bodenhaftung ist ein wichtiges Qualitätskriterium für Politik – ohne sie kommt man seinen Zielen nicht näher, sondern wird von den Wechselfällen des Alltags mal hier-, mal dahin geweht. So erging es dem sächsischen Ministerpräsidenten, als er sichere und gute Perspektiven des Freistaates Sachsen ausgerechnet im Entwurf eines EU-Haushalts verankerte, der noch am selben Tag vom Europaparlament – wie vorher angekündigt – verworfen wurde.

Dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Steffen Flath, erging es wie dem Ministerpräsidenten Tillich: Er hat Probleme mit der politischen Bodenhaftung, obwohl er eigentlich ein bodenständiger Erzgebirger ist. Aber wenn es um das gleiche Ehe-Recht für alle Menschen geht, unabhängig davon, ob es sie einen Menschen des anderen oder gleichen Geschlechts lieben, dann sieht Herr Flath schwarz (fürs Abendland) oder rot, musste sich aber jetzt sogar in öffentlicher Landtagssitzung von seinem Dresdner Fraktionskollegen belehren lassen, dass die Welt sich seit dem Mittelalter weiter gedreht hat.

Seit Abschaffung von Sklaverei und Leibeigenschaft gilt der Grundsatz, dass der Mensch von seiner Arbeit anständig leben können muss. Deshalb werden wir so lange für den flächendeckenden gesetzlichen, Existenz sichernden Mindestlohn kämpfen, bis kein Mensch in Sachsen mehr durch Niedriglohn zum Sozialfall gemacht wird. Erst dann ist die herrschende Politik auf dem Boden der Realität angekommen.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wenn der Dreck flussabwärts fließt

„Sachsen und Brandenburg stehen beim Schutz des UNESCO-Biosphärenreservats Spreewald in gemeinsamer Verantwortung“, ist **Dr. Jana Pinka** überzeugt. Namens ihrer Fraktion forderte die Umweltexpertin der LINKEN Sachsens Staatsregierung auf, einen Maßnahmenkatalog zum Schutz der in der Lausitz von Braunkohlebergbau und -sanierung betroffenen Fließgewässer aufzulegen und eine Stellungnahme zum gleichlautenden Antrag abzugeben.

Hintergrund ist zuvörderst der schlechte Zustand der Spree. Infolge des Grundwasserwiederanstiegs in Braunkohle-Altbergbaugebieten und diverser Frachten aus dem aktiven Braunkohlebergbau in der sächsischen Lausitz gilt die Kleine Spree im Unterlauf als ökologisch tot. Als Fließgewässer gelangt sie in die Spree und gefährdet den Brandenburger Fluss, den Spreewald und sogar das Trinkwasser für Frankfurt/O. und Berlin. Schon 2011 hatten Umwelt- und Gesundheitsexperten auf die ökologischen Folgen der Einschwemmung von Eisen und Sulfat in die Spree hingewiesen und angemerkt, dass diese auch von Sachsen ausgeht. „Sachsen und Brandenburg müssen zusammenarbeiten, um endlich wirksam dagegen vorzugehen“, so Dr. Pinka.

Das freilich setzt voraus, dass man das Problem auch so erkennt, was Sachsens Staatsregierung nicht erkennen lässt. „Weder Minister Kupfer noch Ministerpräsident Tillich haben sich wirklich bewegt. Sachsen hat nicht mal das länder- und unternehmensübergreifende Strategiepapier vom Dezember 2009 zur Entlastung von Spree, Schwarzer Elster und Lausitzer Neiße unterzeichnet. Was wurde konkret unternommen,



© Rolf Handke / PIXELIO

nachdem die Ergebnisse der Studien von 2003, 2007 und 2008 vorlagen? Spätestens seitdem weiß die Staatsregierung, dass sich von Sachsen aus eine braune Brühe nach Brandenburg bewegt. Die gebeutelte Lausitz hat nun mal einen sächsischen und einen brandenburgischen Teil – bergbaubedingte Probleme stellen sich hier wie dort und ich persönlich halte den sächsischen Teil der Lausitz nicht für weniger schützenswert als den Spreewald“, so Dr. Pinka.

Mit ihrem Antrag forderte DIE LINKE die Staatsregierung auf, den von sächsischen Quellen herrührenden Kontaminationen nachzugehen und auch kurzfristig machbare Lösungen zu unterstützen. „Zugunsten immer weniger sinnvoller Braunkohleerstromung wird ein ganzer Landstrich geopfert und die Trinkwasserversorgung im Spreeinzugsgebiet gefährdet“, warf Dr. Pinka Sachsens Staatsregierung vor und widerlegte

zugleich deren Behauptung, dass dem Ausschwemmen von Schadstoffen mit dem Bau unterirdischer Dichtwände beizukommen sei: „Im aktiven Bergbau muss das Grundwasser abgesenkt werden. In Folge dessen wird der Untergrund belüftet und die Verwitterungsprodukte migrieren – genauso wie das bei den Althalden der LMBV gerade stattfindet.“

Dr. Pinka appellierte an die Abgeordneten: „Fordern Sie mit uns gemeinsam ein verbindlicheres Zusammenwirken der Bundesländer Brandenburg und Sachsen, damit die Bedrohung des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald abgewendet werden kann. Aber auch, damit die Lausitz als Tourismusregion wenigstens eine kleine Chance bekommt.“

Der LINKE-Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit von CDU und FDP abgelehnt.

Ein Marx für alle Fälle



Foto: efa

Seit März 2013 ist Karl Marx 130 Jahre tot – und wohl so populär wie nie. Einem Popstar gleich gibt es den philosophischen Rauschebart als Postkarte, Button oder Sticker, seine Niederschriften werden nach wie vor gelesen. Chemnitz liebt und pflegt seinen „Nischel“ und „Prinz“ Tobias Künzel hat angekündigt, im November ein Karl-Marx-Musical auf die Bühne des Theaters Plauen-Zwickau zu bringen. Da steht die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen keinesfalls hinten an und macht selbst bei den Fachmännern für die Beschilderung der Landtags-Flure keine Kompromisse, wie das nebenstehende – zugegeben schon etwas ältere Foto beweist. efa

Arroganz und Desinteresse – Die Staatsregierung und das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung

Mehr über das „Persönliche Budget“ in der Eingliederungshilfe wollte die Fraktion DIE LINKE wissen und verfasste dazu eine Große Anfrage (GA). In der Landtagsitzung am 14. März wertete der **Sprecher für Behindertenpolitik, MdL Horst Wehner**, die Antworten der Staatsregierung aus.

Viele Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe können budgetiert werden, DIE LINKE beschränkte sich bei ihrer GA aber auf den Bereich des SGB XII, weil die Staatsregierung hier am ehesten Einfluss nimmt und parlamentarisch kontrollierbar ist.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode hatte DIE LINKE kritisch begleitet, wie in Sachsen mit dem seit 2008 rechtlich verbindlichen, persönlichen Budget umgegangen wird. „Das persönliche Budget muss für alltägliche, regelmäßig wiederkehrende Bedarfe ausgereicht werden. Die Leistungen zur Teilhabe sind so zu erbringen, wie der Betroffene das wünscht“, erklärt Horst Wehner. Die Antworten der Staatsregierung auf die GA indes stimmen wenig optimistisch. Statt aktiv zu moderieren, verweist das Sozialministerium nur auf die Reha-Träger. Statt ihre Rechtsaufsicht aktiv wahr zu nehmen, lehnt man sich zurück. „Wie aber will

jemand Rechtsaufsicht ausüben, wenn er sich nicht regelmäßig mit der Gestaltung der Antragsverfahren, Bescheid-Erteilung, Rechtsbehelfsverfahren des persönlichen Budgets und der Bedarfe befasst?“, fragt Horst Wehner.

So war bei der Antragsbehandlung wenig Erfreuliches auszumachen. Die Bearbeitungszeit dauert drei bis acht Monate. Mancher Antragsteller musste gar bis zu zwei Jahre auf seinen Bescheid warten! „Das ist nicht gesetzeskonform und hindert die Betroffenen daran, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen. Ganz zu schweigen von denen, deren Budget-Begehren gar nicht erst zur Entscheidung zugelassen wurden“, ist Horst Wehner empört. Eine Bilanz nach immerhin über fünf Jahren der Nutzung des persönlichen Budgets in Sachsen lehnte die Staatsregierung gleich ganz ab, was Wehner in Richtung Regierungsbank deutlich werden ließ: „Wozu sind Sie denn da? Sie müssen solche Dinge doch selbstverständlich analysieren und bewerten. Kein anderer Ort als dieser Landtag ist der Ort, der diese Berichte und die Bewertungen von Ihnen entgegennehmen sollte!“

Aus seiner verbandspolitischen Arbeit und Gesprächen mit Vertretern der freien Wohlfahrt weiß Wehner, dass der Beratungsbedarf zum persönlichen Budget entgegen der Einschätzung der Staatsregierung sehr hoch – und

wenn überhaupt gewährt, mitunter unkorrekt ist: „Da wird nicht mal darauf hingewiesen, dass Menschen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung beschäftigt sind und auch außerhalb der Werkstatt einer Beschäftigung gern nachgehen wollen, sehr wohl auf die Form des persönlichen Budgets zurückgreifen können.“

Mangelndes Wissen, Unwillen gegenüber dem persönlichen Budget und in gewisser Weise auch eine ablehnende Haltung seitens der Sachbearbeiter sind Horst Wehner begegnet. Die schludrige Ausregelung der Bedarf-Feststellungsverfahren tut ihr Übriges und sorgt dafür, dass es mitunter davon abhängt, wo man wohnt, ob die Leistung gewährt wird oder nicht.

„Es gibt noch viel zu tun, wenn es um die Verwirklichung des Rechtes der Menschen mit Behinderung auf Selbstbestimmtheit und Teilhabe und um die Verwirklichung ihrer Menschenrechte geht“, konstatiert Horst Wehner und forderte die staatlichen Verwaltungen auf, „dies nicht zu verhindern, sondern mit auf den Weg bringen.“



Foto: efa



© Andreas Bornschlegel

Für mehr kommunale Gestaltungsspielräume

Die Fraktion DIE LINKE will den Kommunen in Sachsen die Möglichkeit einräumen, Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) einzurichten und hat dazu einen Gesetzentwurf eingebracht.

Eine AöR ist eine von Gebietskörperschaften getragene, kraft öffentlichen Rechts gegründete, mit eigenem Personal und Sachmitteln versehene, nicht mitgliederschaftlich strukturierte Rechtsperson, der die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen werden kann. Zurzeit werden

solche Aufgaben zumeist von rechtlich unselbstständigen Regie- und Eigenbetrieben ausgeführt.

„Als eigenständige Rechtspersönlichkeit kann sich die kommunale Anstalt an anderen Unternehmen beteiligen und in Leistungsbeziehungen zu einzelnen Bürgern treten. Die Besetzung der Organe wird weitgehend kommunalpolitisch bestimmt, die Gemeinderäte können ihre Einwirkungsmöglichkeiten durch passgenaue Formulierung der Unternehmenssatzung festschreiben und den

Unternehmensorganen (Vorstand und Verwaltungsrat) die Freiheiten für die Erfüllung ihrer Aufgaben sichern“, beschreibt **Kommunalexpertin Marion Junge** das Prinzip.

Kommunale AöR sind selbstständiger als Regie- und Eigenbetrieben und im Vergleich zu privatrechtlichen Formen wie GmbH bzw. AG deutlich selbstverwaltungs-freundlichere Betriebsformen. „Gerade in Zeiten, in denen Städte, Gemeinden und Landkreise Kosten senken müssen, ohne ihre Leistungen zu

verringern, wächst die Bedeutung interkommunaler Zusammenarbeit. Deshalb sieht unser Gesetzentwurf auch die Möglichkeit vor, dass mehrere Kommunen gemeinsam eine kommunale Anstalt errichten können“, so Marion Junge.

Der Gesetzentwurf wurde zur Beratung in den Innenausschuss sowie an den Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss überwiesen. Weitere Informationen unter www.linksfraktionsachsen.de (Kommunalservice).

Crystal und seine Folgen – Staatsregierung muss Hilfesystem stärken

Gleich zwei Anträge zum „Drogenphänomen ‚Crystal‘“ standen auf der Tagesordnung der März-Sitzung des Sächsischen Landtags: einer von den Grünen und einer von der Fraktion DIE LINKE. Beide Anträge nehmen die rapide Verbreitung und den steigenden Konsum von Crystal zum Anlass, die Staatsregierung aufzufordern, schnell und konsequent darauf zu reagieren. Wobei nicht allein auf Repression abzustellen ist, sondern vor allem die Suchthilfe spürbar aufgewertet und ausgebaut werden soll.

DIE LINKE forderte mit ihrem Antrag, dass sächsische Suchthilfesystem zu überprüfen und an die gestiegenen Anforderungen durch Crystal (Metamphetamin) anzupassen. **MdL Freya-Maria Klinger, die Fraktionssprecherin für Drogenpolitik**, hat für den steigenden Crystal-Konsum auch den zunehmenden Druck der Gesellschaft ausgemacht, der „von den Menschen permanente Leistungsbereitschaft, Durchhaltevermögen, und Belastbarkeit“ fordert. Mit Crystal glauben die Menschen, dem gerecht zu werden – und geraten

oft in eine zerstörerische Abhängigkeit. Den Weg zurück schaffen die meisten nicht allein. Hier sieht DIE LINKE das Hilfesystem gefordert, damit den Betroffenen geholfen werden kann, was zumeist mit jahrelanger Lebensassistenz und Betreuung verbunden ist.

Das geht nicht zum Nulltarif und ist nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal möglich. „Da das Personal der Suchtberatungs- und Behandlungsstellen schon vor dem derzeitigen massiven Anstieg an Crystal-Konsumenten knapp war und der empfohlene Betreuungsschlüssel von 1 Suchtberater/in auf 20.000 Einwohner/innen nur in den drei Großstädten erreicht wird, ist ein Sofortprogramm zur Aufstockung des Personals sinnvoll. Auch in der Jugendhilfe, Familienhilfe und anderen Einrichtungen der sozialen Daseinsfürsorge sorgt die aktuelle Crystal-Welle für erhöhten Arbeits- und Betreuungsaufwand. Die Prävention, die in der klassischen Form polizeilicher Präventionsarbeit kaputt gespart wird, muss ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wir brauchen eine breite Palette von vielfältigen Zielgruppen- und Lebensweltspezifischen Angeboten. Diese Arbeit können nur erfahrene freie Träger der Jugend- und Suchthilfe leisten – aber dazu müssen sie eben entsprechend ausgestattet sein“, so Freya-Maria Klinger.



Foto: efa

Und das ist gut so ...

Schon der Titel ließ ahnen, dass bei der von der SPD-Fraktion angemeldeten Aktuellen Debatte vom 14. März Welten aufeinander kranken würden: „Die Rettung des Abendlandes durch die sächsische CDU – In einer modernen Gesellschaft ist Familie mehr als Ehe zwischen Mann und Frau“. Der Gesinnungsriss bei der Frage nach der (Gleich-)Wertigkeit von Lebensformen geht quer durchs Land und durch alle Schichten. Selbst in der Sachsen-CDU herrscht Uneinigkeit, wie der Redebeitrag von Patrick Schreiber bewies, der vor allem seinem Fraktionschef Steffen Flath sauer aufgestoßen sein dürfte. War es doch Flath, der unlängst bundesweit damit zitiert wurde, dass Gott sich schon etwas dabei gedacht habe, als er Mann und Frau schuf. Schreiber hielt sinngemäß

dagegen, es zähle nur der Mensch und nicht die Frage, wen dieser liebe.

Wie unterschiedlich in Sachsens Parlament umgegangen wird, zeigen fünf Zitate-Ausschnitte aus der Debatte: „Die Lobby der Diskrimi-

nierung hat einen Namen: CDU. (Henning Hohmann, SPD); „Zum Kinderzeugen braucht man Mann und Frau. Das können Sie in der Bibel nachlesen.“ (Alexander Krauß, CDU); „Nun möchte ich nicht meinen Partner oder mich in ein weißes Kleid zwingen [...], aber ich möchte sehr wohl einen solchen Tag haben, wie ihn Eheleute mit der Hochzeit haben.“ (Enrico Stange, DIE LINKE). „Liebe zwischen Frau und Frau, Liebe zwischen Mann und Mann – auch die hat Gott erschaffen“ (E. Jähnigen, Grüne). „Es geht den Staat nichts an, wer mit wem schläft oder wie er lebt.“ (Heike Werner, DIE LINKE). Die ganze Debatte unter: www.landtag.sachsen.de



© Katharina Wrieland Müller / PIXELIO



Plenarspiegel März 2013

Am 13. und 14. März 2013 fand die 71. und 72. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

– „Gesetzlicher **Mindestlohn jetzt** – Bundesratsinitiative aktiv unterstützen.“

Gesetzentwurf:

– „Gesetz zur **Einführung der kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts** im Freistaat Sachsen“, 1. Lesung (Drs 5/11427)

Große Anfrage:

– „**Persönliches Budget in der Eingliederungshilfe** nach SGB XII“ (Drs 5/9674) mit Entschließungsantrag (Drs 5/11475)

Anträge:

– „Das sächsische **Suchthilfesystem überprüfen** – auf das Drogenphänomen ‚Crystal‘ (Metamphetamin) umgehend reagieren!“ (DIE LINKE, SPD und GRÜNE, Drs 5/11169)

– „Gemeinsame **Justizvollzugsanstalt für Sachsen und Thüringen**“ (Drs 5/11205)

– „Maßnahme-Katalog zum wirksamen **Schutz der** in der Lausitz von Braunkohlebergbau/-sanie- rung betroffenen **Fließgewässer vor zunehmender Verockerung und Sulfatbelastung**“ (Drs 5/11206)

Die Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse (Sammel-Drs 5/11428) enthielten folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE:

– „Strategie zum generationen- und umweltgerechten **Umgang mit den Vorräten an Bodenschätzen und Rohstoffen** in Sachsen (Drs 5/7984)

– „**Medienkompetenz** im Freistaat Sachsen stärken“ (Drs 5/10063)

Auf Vorschlag der Ausschüsse lehnte die Landtagsmehrheit diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Durchs Gebirge durch die Steppe ...

Wer schon immer wissen wollte, wo's wirklich kalt ist, sollte nach Sibirien reisen. Um kalte Nasen jedoch ging es der 13-köpfigen Delegation des Sächsischen Landtags nicht, die Ende Februar der Einladung des Gouverneurs des Verwaltungsgebietes Omsk und des Vorsitzenden der dortigen Gesetzgebenden Versammlung (Duma) folgte und die Stadt am Zusammenfluss von Irtysh und Om besuchte.

Die Delegationsleitung auf Seiten der Sachsen lag bei Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU). Den Gastgebern standen W. I. Nasarow und W. A. Waranawskij vor. Für die Landtagsfraktion der LINKEN waren Andrea Roth, Karl-Friedrich Zais und Heiderose Gläß bei der Reise in die siebtgrößte Stadt Russlands dabei. Für den Parlamentsreport fasst **Heiderose Gläß** ihre Eindrücke zusammen:

„Zeitunterschied: sechs Stunden. Schlaf: zwei Stunden – und schon startete das umfassende Programm! Zuerst besuchten wir die Duma und unterzeichneten ein Memorandum zur Zusammenarbeit unserer beiden Volksvertretungen.



Die Sachsen-Delegation beim Empfang in der DUMA in Omsk

Weiter ging es zum Deutschen Nationalen Kreis Asowo, wo zeitweise 90 Prozent deutschstämmige Einwohnerinnen und Einwohner lebten – jetzt sind es allerdings nur noch ca. 25 Prozent. Sehr beeindruckend war hier, wie umfassend Menschen aus anderen Landesteilen, die sich in den Dörfern des Kreises niederlassen, unterstützt werden. Auch die Sportanlagen,

das Kulturhaus, die Schulen und Kindergärten, die der Vize-Landrat voller Stolz präsentierte, nötigten Respekt ab.

Innerhalb der nächsten drei Tage besichtigten wir diverse Betriebe der Industrie und Landwirtschaft, Kultureinrichtungen und Kirchen. Zu Sowjetzeiten war Omsk ein Schwerpunkt der Rüstungsindus-

trie. Heute lassen sich hier die Bemühungen zur Modernisierung und Konversion von Rüstungsbetrieben deshalb besonders gut nachvollziehen. Auch wie die Omsker sich bemühen, Wirtschaftskreisläufe und regionale Wirtschaftskreisläufe, zum Beispiel im Umfeld von Erdölraffinerien aufzubauen, war sehr interessant. Und nicht nur hier eröffneten sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit für die mitgereisten sächsischen Unternehmer, für die Wirtschaftsförderung Sachsens und die Bergakademie, deren Rektor Prof. Meyer sich ebenfalls mit nach Sibirien begeben hatte.

Beindruckend war für mich aber auch die unendliche Weite der sibirischen Steppe – und immer wieder ging mir die Melodie der „Partisanen von Amur“ durch den Kopf. Gern hätte ich mich länger mit den Abgeordneten der Fraktion der Kommunistischen Partei Russlands, der zweitstärksten in der Omsker Duma, unterhalten, aber dazu reichte die Zeit leider nicht. Auch wäre ich gern einer der drei (!) Frauen in der 44-köpfigen Duma begegnet ... Vielleicht klappt das ja beim Gegenbesuch der Omsker im Juni in Sachsen!



MdL Karl-Friedrich Zais in der Omsker Eierfabrik.



MdL Heiderose Gläß bestaunt die „stille Tierwelt“ im Museum in Omsk.

Federvieh mit Bildungsauftrag

Nein, diesen Preis hatte er vermutlich nicht haben wollen: Holger Zastrow ist – äh, erhielt die „Eule 2012“. Dabei hatte sich der FDP-Landeschef den Negativpreis des Sächsischen Beamtenbundes (sbb) ehrlich erarbeitet. Zum Beispiel indem er die schlechte Bezahlung sächsischer Lehrerinnen und Lehrer damit begründete, dass die Löhne in Sachsens Privatwirtschaft auch nicht besser seien. Da die FDP in Sachsen der CDU beim Regieren „hilft“, schlägt Zastrows Polemik i.d.R. direkt durch – bspw. wenn es darum geht, die Sonder-

zahlungen wegzulassen oder den Personalabbau zu forcieren. Laut sbb soll „Die Eule“ ihre Preisträger zur Besserung animieren. Nun ja, die Hoffnung stirbt zuletzt. efa

(P.S. Der Ruf der Eule galt im antiken Griechenland als schlechtes Vorzeichen.)



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag